

**Zum 8. Mai - Tag
der Befreiung
Seite -2-**

**Fluglärm - Arbeits-
plätze - Militär
Seite -4-**

**„Gute Arbeit -
Gutes Leben“
Seite -6-**

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

8. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

28. April 2008

Aufruf zu ungeniertem Rentenraub

Zu den Äußerungen von Bundesbank- und Ifo-Chef Hans-Werner Sinn bezüglich einer Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 68,5 Jahre erklärt der stellvertretende Vorsitzende Klaus Ernst:

Gerade erst hat die Große Koalition das Renteneintrittsalter gegen die Mehrheit der Bevölkerung von 65 auf 67 Jahre erhöht. Doch der Bundesbank und dem Ifo-Institut geht das nicht weit genug: Sie verlangen eine weitere Anhebung auf 68,5 Jahre.

Mit dieser Forderung stellt sich Ifo-Chef Hans-Werner Sinn einmal mehr als asozialer, steuerfinanzierter Quatschkopf dar, der seit Jahren die Republik mit seinen unsinnigen Vorschlägen belästigt.

Schon die Rente ab 67 war ein groß angelegter Rentenraub, da die Beschäftigten aufgrund von Arbeitsverdichtung und Belastungen schon heute nicht mehr so lange arbeiten können und dafür in Zukunft mit höheren Rentenabschlägen bestraft werden. Wenn Hans-Werner Sinn vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um Altersarmut nun eine weitere Verlängerung des Renteneintritts fordert, dann kann ich das nur als Aufruf zu ungeniertem Rentenraub bewerten.

Der Stadtvorstand DIE LINKE. Halle ruft alle Mitglieder und Freunde unserer Partei auf, sich an den Aktionen des DGB zu beteiligen:

„Gute Arbeit muss drin sein“

Kundgebung und Familienfest

Halle-Peißnitz

9:30 Uhr bis 14:00 Uhr

ab 10:00 Uhr Ansprachen und Grußworte zum „Tag der Arbeit“, unter anderem

* Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit a.D.

* Dr. Thomas Pohlack, Bürgermeister

Angeboten wird im weiteren:

Bühnenprogramm, Kinderbetreuung und Informationsstände unter anderem auch des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle.



**1. Mai 2008:
Gute Arbeit,
gute Löhne,
gute Rente.**

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Zum 8. Mai - Tag der Befreiung

Gedicht von der Notwendigkeit

In Treptow, im verschwiegenen Park,
blühn auf den Gräbern der Getreuen
schon lange hell und leuchtend stark
Päonien, Asters und Levkojen.

Auf das Geschick der Welt bedacht
Und der Verantwortung bewusst,
hält ein Soldat getreue Wacht;
ein Kind birgt er an seiner Brust.

In Wjatka wohl die Sonne schien
Auf seine Wiege fern im Osten.
Soldatenfrauen erwarten ihn,
doch er verharrt auf seinem Posten.

Michail Dudin, 1958
Nachdichtung: Wilhelm Tkaczyk



Einladung zur Kranzniederlegung

am Donnerstag, dem 8. Mai 2008, dem Tag der Befreiung, um 10:00 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof.

Wir ehren an diesem Tage die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und gedenken der Befreiung vom Naziregime durch die Antihitlerkoalition.

An der Gedenkstätte der Nationen auf dem Gertraudenfriedhof in Halle spricht Herr Harald Bartl, Vorsitzender des Stadtrates Halle, die Worte des Gedenkens.

Treffpunkt der Teilnehmer: 9:45 Uhr Haupteingang zum Gertraudenfriedhof, Am Landrain.

Im Anschluss daran ist ein Gang zum Ehrenmal der Gefallenen der Sowjetarmee vorgesehen.

Möge die Teilnahme an der Kranzniederlegung auch ein Bekenntnis zu unserer Geschichte, ein Beitrag zur Bekämpfung aller rechtsextremistischer Erscheinungen in unserem Lande, sein.

Ulrich Freyberg
Landesvorsitzender
VdN-BdA e. V.

Zur Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung

lädt die Freundschaftsgesellschaft mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion zum 8. Mai - 11.00 Uhr auf den Südfriedhof ein.

An den Grabstätten der Sowjetsoldaten spricht Herr Peter Sodann.

Endlich Konsequenzen aus Abfall- entsorgungspraxis in Sachsen-Anhalt ziehen

Die Berichterstattung zur Abfallentsorgungspraxis in Sachsen-Anhalt hat nicht erst nach der Berichterstattung in Frontal 21 im ZDF für erhebliches bundesweites Aufsehen gesorgt!

Für unsere Fraktion bleibt es nach wie vor ein Rätsel, warum die Landesbehörden erst nach umfassender medialer Berichterstattung reagierten (das auch noch unabgestimmt und mit blindem Aktionismus) und den vielfachen Rufen der Bevölkerung keine Beachtung schenkten. Warum die Landesregierung nicht wie andere Bundesländer ihr Verwaltungsrecht konsequent nach dem „Tongrubenurteil“ vom 14.04.2005 verändert hat und dies obwohl man mit der Aufhebung des „Mülleinfuhrverbots“ im Rahmen des ersten Investitionserleichterungsgesetzes von 2002 durchaus der Brisanz bewusst sein musste, auch dies blieb ungeklärt.

Am Beispiel der Grube Vehlitz wird deutlich, dass das „Nichthandeln“ der Landesregierung erst die illegale Entsorgungspraxis ermöglichte. Erst nach mehrfachen Hinweisen aus der Region veranlasste das Bergamt am 16.08.2007 eine Kontrolle. Die Kontrollergebnisse lagen am 01.10.2007 vor. Diese wurden erst am 26.11.2007 in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe ausgewertet und man entschied sich, ein „Anhörungsverfahren“ einzuleiten. Die Anordnung weiterer Kontrollen oder die unverzügliche Anpassung der Betriebsgenehmigung erfolgte trotz Überschreitung der Grenzwerte nicht. Die erneute Überprüfung erfolgte erst nach umfangreicher medialer Berichterstattung am 12.03.2008. Die sehr umfangliche Grenzwertüberschreitung löste dann eine hektische

Betriebsamkeit im Wirtschaftsministerium aus, dessen Schließungsbeschluss aber durch das Verwaltungsgericht wieder aufgehoben wurde.

Da nicht auszuschließen ist, dass weitere Unternehmen in solche Praxis eingebunden sind (erste konkrete Hinweise liegen vor!) prüft die Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Auch das Einräumen mangelnder Koordination, fehlender Abstimmung zwischen den Ministerien und der Unterschätzung des Problems durch den Wirtschaftsminister und sein Bekenntnis zu größtmöglicher Transparenz im weiteren Umgang mit den Betriebsgenehmigungen und Kontrollen sind uns zu wenig. Wir erwarten konkrete Konsequenzen aus dem „Nichthandeln“ der Landesbehörden.

Die Kontrolltätigkeit in Sachsen-Anhalt muss neu geordnet werden und die Landesregierung hat umgehend ein Konzept zum Umgang mit Abfällen in allen Facetten zu erstellen und dies noch bis zum 30. Juni 2008 dem Landtag vorzulegen. Dies wird unser weiteres Handeln bestimmen und wir werden es notfalls im Alleingang mit Hilfe eines Untersuchungsausschusses einfordern.

Gerade das Beispiel Vehlitz macht aber auch deutlich, dass es immer aktiven bürgerlichen Engagement bedarf, um solch kriminelle Machenschaften aufzudecken und Veränderung zu erzwingen. Das können weder Landes- noch Kommunalpolitiker allein leisten, hier braucht es die Unterstützung aller GenossInnen in der LINKEN!

André Lüderitz
Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher



07.05.2008, 17:00 Uhr
ComCenter

Philipp-Müllerstraße.57
Buchvorstellung

„EU-Osterweiterung- Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen“
mit Hannes Hofbauer (Wien)

08.05.2008 19:00 Uhr

Universitätsplatz
Melchanchthonianum, Hörsaal Z
- zusammen mit Fib e. V.

„Zu Entwicklungstendenzen in den sozialen Bewegungen in der Tschechischen Republik“
mit Dr. Stanislav Holubec (Prag)

14.05.2008, 15:00 Uhr

Bürgerhaus „alternative“

Gustav-Bachmann-Straße 33

„Von Droghigh zu sein ist nichts dagegen-christlicher Fundamentalismus auf dem Vormarsch?“
mit Dr. Viola Philipp

19.05.2008, 20:00 Uhr

Cafe Bio Hope

Buchvorstellung:

„Derrick Jensens ‘Endgame - Bringing Down Civilization‘“

26.05.2008, 10:00-16:00 Uhr

Frauzentrum Weibewirtschaft
Karl-Liebknecht-Straße 34

Gender Budgeting - Ein Instrument zur geschlechtergerechten Gestaltung öffentlicher Dienstleistungen in Europa

Fluglärm - Arbeitsplätze - Militär

Mehr als tausend Menschen versammelten sich am 16. April in Leipzig, um anlässlich des Tages des Lärms auf die zunehmend mit dem Flughafenbetrieb verbundenen Beeinträchtigungen aufmerksam zu machen. Auch in Halles Osten, der stark von den Flügen der DHL betroffen ist, bildeten sich in den vergangenen Wochen Bürgerinitiativen, die nicht hinnehmen wollen, dass seitens des Flughafens so wenig über Alternativen nachgedacht wird. Sie fordern alternative Flugrouten, Maßnahmen des passiven Lärmschutzes sowie ggf. gerechte Entschädigungen. Seit vielen Jahren wird der Protest durch die IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle e.V. getragen, deren Vertreter unter anderem auch den Stadtparteitag der LINKEN in Halle nutzten, um ihre Anliegen vorzustellen. Nachfolgend sind die wichtigsten Positionen des Vereines noch einmal zusammengefasst:

FLUGROUTEN UND FLUGVERFAHREN SO FESTLEGEN; DASS FLUGLÄRM IN DEN WOHNGBIETEN MINIMIERT WIRD

Die IG Nachtflugverbot kämpft - auch vor Gericht - um die Beschränkung der Anzahl der Flugbewegungen - vor allem nachts. Nur dadurch wird es dauerhaft für alle Fluglärm betroffenen leiser! Es geht aber auch darum, die Lärmbelastigung durch den verbleibenden Flugverkehr weitest möglich zu beschränken. Der Verein fordert deshalb, die Auffindung eines von allen Fluglärm betroffenen ausgearbeiteten und damit akzeptierten Kompromisses über die Flugrouten. Nur so kann verhindert

werden, dass eine Gruppe der Fluglärm betroffenen gegen die andere ausgespielt wird. Die richtige Plattform für diese Kompromissbildung könnte die Fluglärmkommission sein. Er fordert ferner die Festlegung lärmarmen An- und Abflugverfahren durch die Deutsche Flugsicherung. Neuere Untersuchungen zeigen, dass der Anfluglärm durch das so genannte SCDA-Verfahren deutlich vermindert werden kann. Dabei bleibt der Anflug länger horizontal in großer Höhe; das Flugzeug sinkt erst später und dafür steiler nach unten. Im September 2007 wurde in Frankfurt (Main) ein Anflugverfahren mit gekrümmter Fluglinie erfolgreich erprobt. Dadurch ist es möglich, die Flugbahn auch beim Anflug über weniger dicht besiedeltes Gebiet zu führen. Das so genannte Instrumentenlandesystem wird dabei durch ein Ground Base Argumentation System ersetzt.

Flugzeugstarts sind lärmarm, wenn schnell an Höhe gewonnen wird. Lauter, aber kerosinsparend, ist die übliche Praxis, in geringer Höhe schnell auf hohe Geschwindigkeiten zu beschleunigen.

WENN SCHON NACHTS GEFLUGEN WERDEN SOLL, DANN MÜSSEN ALLE VERFÜGBAREN TECHNIKEN ZUR LÄRMREDUZIERUNG GENUTZT WERDEN!

Lärmreduzierung hat dann in jedem Fall Vorrang vor Wirtschaftlichkeit!

EINHALTUNG DER ZUSATZGE ÜBER 3500 ARBEITSPLÄTZE und GERECHTE ENTLOHNUNG

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze

wird sowohl vom Flughafen als auch von den Behörden immer wieder als Rechtfertigung für übermäßige Fluglärmbelastungen dargestellt. So spricht DHL seit Jahren gebetsmühlenartig von 3.500 direkten Arbeitsplätzen bis 2012. Weitere 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze sollen im Umfeld entstehen. Da sich belastbare Daten zu den wirklich neu geschaffenen bzw. zu schaffenden Arbeitsplätzen schwer finden lassen, seien hier nur einige Abschätzungen gegeben, laut Zeitungsberichten sind derzeit bei DHL 1.600 Menschen beschäftigt bei einem nächtlichen Frachturnschlag von 1.500 Tonnen. Bis 2012 sollen jede Nacht 2.000 Tonnen umgeschlagen werden. Dafür will man dann 3.500 Mitarbeiter beschäftigen. Man sieht daran: Der Niedergang der Arbeitsmoral in Deutschland macht auch vor DHL nicht Halt, denn: **DIESE ZAHLEN BEDEUTEN EINEN RÜCKGANG DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT VON 2008 BIS 2012 UM 40%!!** Realistisch ist: Proportional zum Frachturnschlag könnte die Beschäftigtenzahl bei DHL bis 2012 auf 2100 steigen - 40% weniger als immer wieder versprochen wurde! Gleichzeitig wurden am bisherigen Standort Brüssel 1.500 Arbeitsplätze und in Köln/Bonn 815 Arbeitsplätze abgebaut. Und: Firmenverlagerungen wie die von NOKIA, verbunden mit dem Verlust von 3.500 Arbeitsplätzen in Deutschland, wären ohne Zulieferung von Halbfabrikaten zur „verlängerten Werkbank“ in Niedriglohnländern und ohne schnelle Lieferung der Endprodukte zum Käu-

fer gar nicht machbar!

Tatsache ist also, selbst auf lange Sicht werden 215 direkte Arbeitsplätze und eine Vielzahl indirekter Arbeitsplätze durch den Einsatz von ca. 430 Mio. Euro Steuergeldern abgebaut! Und Jahr für Jahr verschlingt der Flughafen zusätzliche Steuermillionen, weil Nachtfrachtflüge für DHL zwar einen satten Reibach abwerfen, für den Flughafen und seine öffentlichen Anteilseigner ein Zuschussgeschäft bleiben.

Hinzu kommt, 20 % der DHL-Mitarbeiter werden von anderen Standorten übernommen. 60-65 % der Mitarbeiter sind im Niedriglohnsegment beschäftigt, mit gesundheitsgefährdenden Teilzeitsjobs, arbeiten größtenteils 22 Stunden pro Woche, immer nachts, von montags bis sonnabends. Die Bruttolöhne liegen bei 700-900 Euro brutto, so dass zusätzlich steuerfinanzierte Sozialleistungen bezogen werden müssen. Die Verdienste sind um durchschnittlich 30% geringer als an den geschlossenen Standorten Brüssel und Köln/Bonn.

Auch die EU-Kommission bescheinigte in ihrem Beihilfebescheid der DHL im Jahre 2004, dass in Leipzig bei höherem Frachturnschlag weniger Arbeitsplätze entstehen als an anderen Standorten aufgegeben wurden, da Rationalisierungseffekte durch weitestgehende Rationalisierung erzielt werden.

Die IG Nachtflugverbot fordert deshalb, strenge Kontrolle der wirklich geschaffenen Arbeitsplätze und wenigstens anteilige Rückforderung der Subventionen! Diese Gelder können dann zur Schaffung wirklich zukunftsfähiger Ar-

beitsplätze in der Region eingesetzt werden, also zur Förderung von Forschung in hier beheimateten und produzierenden kleinen und mittelständigen Unternehmen!

UNTERLASSUNG DER MILITÄRFLÜGE

Der Flughafen Leipzig/Halle wird spätestens seit März 2006 militärisch genutzt. Seitdem sind dort bis zu 6 der größten und lautesten Frachtflugzeuge der Welt stationiert. Die AN124-100 transportieren im Auftrag der NATO schweres Kriegsgüter wie Panzer und Kampfhubschrauber in alle Krisengebiete der Welt. Man nennt das dann „Hilfsgüter“!

Schlimmer noch: seit Mitte 2006 wird der Flughafen Leipzig/Halle zur Unterstützung eines völkerrechtswidrigen Krieges missbraucht! Zur Zeit machen nämlich ca. 400.000 amerikanische Soldaten pro Jahr auf dem Weg in den Irak-Krieg und zurück hier Station. Sie werden verköstigt und die Maschinen aufgetankt. Danach geht es weiter - für viele der gutgläubigen GI's ist das ein Weg ohne Rückkehr: Bisher sind 4.000 Soldaten nur in Blechsärgen in ihre Heimat zurück gekehrt - via Flughafen Leipzig! Für die, die es glücklicherweise noch überleben, die „nur“ schwer verwundet worden sind, geht es ab Flughafen Leipzig weiter mit Hubschraubern in das Hallesche Krankenhaus „Bergmannstrost“. Man könnte das noch als humanitäre Hilfe begreifen. Jedoch lässt sich das Krankenhaus diese Hilfe auch sehr gut bezahlen! Wir nennen beide, Flughafen und Krankenhaus, Kriegsgewinnler!

Die Fakten sind: Im Irak sind durch direkte Kriegseinwirkungen seit 2003 ca. 150.000 Menschen um-

gekommen. Zusammen mit den indirekten Kriegstoten (durch verunreinigtes Wasser, durch fehlende Medikamente oder durch Mangelernährung) summiert sich diese Zahl auf ca. 1 Million Menschen! Jeder Tod ist ein tragisches Schicksal. Der Flughafen Leipzig aber verdient daran Millionen! Schon jetzt ist jeder vierte Flughafenpassagier ein amerikanischer Soldat. Und in wenigen Jahren könnten es schon 40% sein! Denn der Flughafen plant einen Anstieg der Anzahl der Militärpassagiere auf 800.000 pro Jahr! Man wartet also hoffnungsvoll auf neue Kriege, von denen man dann reichlich profitiert!

Regierungspräsident Steinbach, Chef der Behörde, die die Militärflüge nachts unbeschränkt genehmigt hat, ein ehemaliger Pfarrer und Mitglied der DDR-Bürgerbewegung („Schwerter zu Pflugscharen“), meint heute, dass die militärische Nutzung des Flughafens „im ganz überwiegenden öffentlichen Interesse“ läge. Im Übrigen dürfe seine Behörde gar nicht über die Rechtmäßigkeit der militärischen Nutzung entscheiden!

Der Rechtsanwalt der IG Nachtflugverbot ist da anderer Meinung. Deshalb ist das Thema militärische Flughafenutzung auch einer der Begründungen der neuen Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht. Es geht auch darum, Gefahr durch Anschläge extremistischer Gruppen auf Flughafenanlagen abzuwenden., denn der Flughafen gehört jetzt zur militärischen Infrastruktur! Im Juli plant die IG Nachtflugverbot auch in Halle weitere Proteste.

Swen Knöchel (unter Verwendung von Flugblättern der IG)

„Gute Arbeit - Gutes Leben“

(sk) Gute Arbeit, Gutes Leben ist der Titel des Manifestes für eine gerechte Arbeitswelt, das von der Bundestagsfraktion erarbeitet wurde. Werner Dreibus, einer der maßgeblichen Autoren, war am 23. April zu Gast in Halle. Ungefähr 25 Zuhörerinnen und Zuhörer hatten sich in den Räumen der Freiwilligenagentur eingefunden, um das Thema prekäre Beschäftigung und die Vorschläge unserer Partei zu diskutieren.

Prekäre Beschäftigung findet sich

schäftigung zu benennen. Folgen sind materielle Verarmung und Verelendung, Verängstigung und Verunsicherung, Entwertung beruflicher Sinnstiftung (Clusterausbildung, Teilausbildung u.a.), soziale Spaltung und politische Lethargie, die sich auch in Wahlenthaltung ausdrückt. Die in Halle problematische Situation zeigen die hohe Anzahl derer, die Hartz IV beziehen.

Von den 30.000 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen gehen ca. 17%

der Entwicklung zwischen Löhnen und Unternehmensgewinnen und die Situation der Arbeitnehmer in Deutschland dar. Ausgehend von dieser Analyse erläuterte er das 5-Punkteprogramm der Bundestagsfraktion.

1. Gesetzlicher Mindestlohn für Alle, DIE LINKE fordert 8,44 Euro als Einstieg.

2. Gute Arbeit für alle, hierzu gibt es eine Initiative der Fraktion „Gute Arbeit - Gutes Leben“. Sie beinhaltet, die Entwicklung eines neuen Leitbildes von Arbeit, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht. Das Manifest versteht sich als Selbstverpflichtung und Angebot an Gewerkschaften, Verbände, Erwerbsloseninitiativen. Es beinhaltet konkrete Vorschläge, um kurzfristig unsichere Beschäftigung zurück zu drängen. Die Merkmale von Guter Arbeit müssen Kriterien bei öffentlicher Auftragsvergabe werden.

3. Arbeit wieder sicher machen Die Zunahme prekärer Beschäftigung wurde erst durch Hartz-Gesetze möglich, sie müssen abgeschafft werden. Gefordert wird die tarifliche Gleichstellung von Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die volle Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde und die Wiederherstellung des Qualifikationsschutzes.

4. Starke Interessenvertretung: Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaften. Durch Hartz IV wurde die Kampfkraft der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder geschwächt, ihre Rechte gilt es zu

| | 2005 | 2006 | 2007 |
|---------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| Bedarfsgemeinschaften | 24.898 | 22.890 | 22.337 |
| betroffene Personen | 42.035 | 41.136 | 40.036 |
| davon Erwerbsfähig | 32.414 | 31.572 | 30.389 |
| Unter 25 Jahre | 7.400 | 6.417 | 5.909 |
| 25 bis 55 Jahre | 21.538 | 21.334 | 20.423 |
| über 55 Jahre | 3.476 | 3.821 | 4.057 |
| davon nicht Erwerbsfähig | 9.621 | 9.564 | 9.647 |
| Kinder unter 15 Jahre | 9.396 | 9.353 | 9.420 |

in Teilzeitarbeit, befristeten Arbeitsverträgen, Leiharbeit, 1-Euro-Jobs, Mini- und Midi-Jobs und Scheinselbstständigkeit. Sie haben ihre Ursache unter anderem in der Schwäche der Gewerkschaften, gewerkschaftlichen Defensivstrategien, Massenarbeitslosigkeit und der internationalen Standortkonkurrenz. Aber auch die generell neoliberale Hegemonie in Wirtschaft, Politik, Medien und Wirtschaftswissenschaft, die derzeitige angebotsorientierte Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts und die abnehmende Tarifbindung sind als Ursache von prekärer Be-

einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Weitere 3.000 Hilfeempfänger arbeiten in so genannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. 720 Hallenser beziehen neben dem Arbeitslosengeld auch Leistungen der ARGE. Johannes Krause, Vorsitzender des DGB Sachsen-Anhalt Süd, wies darauf hin, dass auch in großen halleischen Betrieben keine Tarifbindung besteht oder Menschen zu Niedriglöhnen beschäftigt werden. Durch Frau Dr. Radig, Geschäftsführerin der ARGE SGB II, wurde das Arbeitsmarktprogramm für Halle in diesem Jahr vorgestellt. Werner Dreibus stellt ausführlich die zunehmende Diskrepanz

stärken, der Antistreikparagraph (§ 146 SGB III) muss abgeschafft werden (wie es die SPD seit 1998 zugesagt hatte), das Streikrecht soll auf Betriebsübernahmen und -verlagerungen ausgeweitet werden und politischen Streik sollen zugelassen werden.

5. Mehr öffentliche Beschäftigung
Hierzu ist eine Ausweitung und neue Qualität öffentlich geförderter Beschäftigung notwendig. Möglich ist sie in Bereichen wie Bildung, Kultur und Umweltschutz. Sie richtet sich insbesondere an Langzeiterwerbslose, ältere Arbeitnehme-

rinnen und Arbeitnehmer, Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen und Menschen aus überproportional von Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen. Die Bezahlung muss nach Tarif bzw. Mindestlohn erfolgen, die 1-Euro-Jobs sind abzuschaffen.

Demokratischer Sozialismus ist nötig

„Die neue LINKE ist die Auffassung, dass die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse nicht das letzte Wort der Geschichte sind, dass demokratischer Sozialismus möglich und nötig ist, damit für alle ein besseres Leben in Freiheit, Würde und wechselseitigem Respekt erreichbar wird.“

Aus dem Leitantrag des Parteivorstandes zum
Parteitag der LINKEN in Cottbus

In der Grundsatzdiskussion der LINKEN über das zukünftige Parteiprogramm meldeten sich zu oben genanntem Problem unter anderem zu Wort:

- der bundesweite innerparteiliche Zusammenschluss „Forum demokratischer Sozialismus“ mit einem Papier unter dem Titel „Freiheit und Sozialismus“;
- Als Sprecher dieser Gruppierung ist der Berliner St. Liebich aufgetreten
- die Kommunistische Plattform innerhalb der LINKEN, Land Brandenburg mit einer Broschüre namens „Unsere Position zum Sozialismus im 21. Jahrhundert“;
- Als Kontaktadresse für diese Gruppierung ist K. Blessing (Zeuthen) angegeben

„Die politische Wirksamkeit der neuen LINKEN in der Gesellschaft stärken wir mit unserer praktischen Politik, mit dem Parteaufbau und der Mitgliedergewinnung, mit erfolgreichen Wahlkämpfen und mit der programmatischen Arbeit.“

Aus dem Leitantrag des Parteivorstandes zum
Parteitag der LINKEN in Cottbus

Man darf darüber reden

In den Mitgliederversammlungen wird über die Politik der Linken gesprochen.

Die Anwesenden nehmen gerne Informationen über das Parteilieben in der Stadt und über die Arbeit unserer Stadtratsfraktion entgegen. Das Linke Blatt für Halle hilft dabei.

Selbstverständlich darf in den Zusammenkünften über den Inhalt von Artikeln, den Wert von Informationen oder die Aktualität von Terminen oder die Pünktlichkeit der Zustellung des Linken Blattes geredet werden.

Nutzt das Linke Blatt für Halle zur Diskussion.

Macht es zu Eurer Mitgliederzeitung.

G. Nau

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail info@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - täglich

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

24.04.2008

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 07.05.2008